



21. Dezember 2006

Willkommen zur Ausgabe Nr. 4 / 2006 der EBR-News.

Der EBR-Fachinformationsdienst

Das Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" informiert Sie rund um den Europäischen Betriebsrat und angrenzende Themen.

Die EBR-News erscheinen viermal jährlich.

Hier können Sie den Newsletter im [Vollbild](#) sehen oder zum Ausdrucken als [pdf-Datei](#) downloaden.

Ältere Ausgaben finden Sie im [Newsletter-Archiv](#).

Inhalt:

1. Länderübergreifende Betriebspolitik in der Metallindustrie
2. Fallbeispiele: Was tut ein EBR bei Restrukturierungen?
3. Gerichtsurteil in Paris: EBR erzwingt Privatisierungsstopp
4. Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Fusionen
5. Gleichbehandlung auf Europäisch
6. Neue EBR-Vereinbarungen
7. Europäische Betriebsräte im Transportgewerbe
8. Österreich: Bestandsaufnahme zur EBR-Arbeit
9. EBR-Berater kooperieren international
10. Interessante Webseiten
11. Neue Publikationen
12. Trainings- und Beratungsnetz: Beispiele aus unserer Arbeit
13. Aktuelle Seminartermine
14. Impressum

1. Länderübergreifende Betriebspolitik in der Metallindustrie

Am 22. und 23. November 2006 kamen in Brüssel knapp 200 EBR-Mitglieder und gewerkschaftliche EBR-Betreuer aus ganz Europa zur ersten **Konferenz über Betriebspolitik** zusammen, die der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) veranstaltete. Unter dem Motto "Einbeziehung der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen: eine Herausforderung für die Gewerkschaften des metallverarbeitenden Sektors" bot die Konferenz ein Forum zur Diskussion von gewerkschaftlichen Antworten auf die Strategien multinationaler Konzerne.



Gewerkschaftliche Betriebspolitik ohne Mitbestimmungsrechte?

Als 1994 die EU-Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat verabschiedet wurde, war einer der wichtigsten Kritikpunkte von Arbeitnehmerseite: es fehlt das Recht auf Mitbestimmung. Ein Gremium mit Anhörungs- und Beratungsrechten galt insbesondere deutschen Betriebsräten als "zahnloser Tiger". Viele sprachen damals von einem "Europäischen Wirtschaftsausschuß" und nicht von einem Europäischen Betriebsrat. "Sollen Europäische Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht erhalten?" - diese Frage wurde zum Jahreswechsel 2004/2005 angesichts der aktuellen Entwicklungen bei General Motors wieder zu einem Thema (siehe [Schwerpunkt in den EBR-News 1/2005](#)).

Inzwischen zeichnet sich eine Entwicklung ab, die diese Forderung als überholt erscheinen läßt. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) traf - nicht zuletzt nach den Erfahrungen bei General Motors - im Juni 2005 eine **Grundsatzentscheidung**, wonach bei wichtigen Restrukturierungen und Fusionen die Arbeit des Europäischen Betriebsrates durch eine gewerkschaftliche Arbeitsgruppe unterstützt werden soll (siehe [Bericht in den EBR-News 2/2005](#)). Kommt es dann zu Verhandlungen mit der zentralen Leitung, werden diese nicht vom EBR, sondern von diesem Gewerkschaftsgremium geführt (in dem natürlich auch EBR-Mitglieder vertreten sind). Welche langfristigen Konsequenzen sich aus dieser **Arbeitsteilung** ergeben können, hatten wir in den [EBR-News 3/2006](#) am Beispiel der Fusion von Nokia und der Siemens-Kommunikationssparte genauer beleuchtet. Die EBR-Arbeit entwickelt sich dann in Richtung des französischen Modells, wo die Betriebsräte für Information und Konsultation zuständig sind, während betriebliche Verhandlungen von den Gewerkschaften geführt werden. An die Stelle von Mitbestimmungsrechten treten dann Verhandlungsrechte.

In den letzten Jahren sind rund 100 Abkommen unter Beteiligung von Europäischen Betriebsräten abgeschlossen worden, die z. B. Restrukturierungsfragen oder soziale Mindeststandards regeln. Da es hierfür grenzübergreifend noch keine Rechtsgrundlage gibt, hatte die Europäische Kommission eine Expertengruppe mit einer Studie beauftragt (siehe [Bericht in den EBR-News 2/2006](#)). Im Verlauf des Jahres 2007 soll eine **Gesetzesinitiative** folgen.

Vor diesem Hintergrund diente die Konferenz dazu, EBR-Mitglieder und Gewerkschaftssekretäre mit EBR-Betreuungsaufgaben europaweit auf den aktuellen Stand zu bringen. Folgende Präsentationen geben einen Überblick, sie liegen jedoch nur in englischer Sprache vor:

- [Europäische Entwicklungen bei der Arbeitnehmerbeteiligung](#)
- [Die EBR-Betreuung des EMB: Rückblick und Ausblick](#)
- [Überblick über die Mittel zur europaweiten Betriebspolitik](#)



Interview mit Berthold Huber

Beim EMB in Brüssel gibt es eine europaweite Koordinierungsgruppe zur gewerkschaftlichen Betriebspolitik, deren Vorsitz bei Berthold Huber aus Deutschland liegt, dem zweiten Vorsitzenden der IG Metall. Unserer Newsletter-Redakteurin Kathleen Kollwee fragte ihn nach der Rolle Europäischer Betriebsräte bei Restrukturierungen, nach den zukünftigen Aufgaben der EBR-Arbeit insbesondere beim Abschluß transnationaler Vereinbarungen und - ganz aktuell - nach der Situation der belgischen Volkswagen-Beschäftigten.

- [Das Interview im Wortlaut](#)

Die Konferenzteilnehmer solidarisierten sich in einer Resolution mit den Beschäftigten des Brüsseler Volkswagen-Werkes:

- [Die Solidaritätserklärung im Wortlaut](#)

Belgisches Volkswagen-Werk unter Druck

Wegen der Ankündigung der Wolfsburger Konzernzentrale, die Golf-Produktion aus Belgien abzuziehen und in Wolfsburg und Zwickau zu konzentrieren, wird das Werk Brüssel seit dem 17. November 2006 bestreikt, da 4.000 der 5.200 Arbeitsplätze dort wegfallen könnten (siehe [Bericht in den EBR-News 2/2006](#)). Am 20. November 2006 besuchte eine Delegation des Europäischen Betriebsrates das Werk. Der EBR-Vorsitzende Bernd Osterloh forderte von der Konzernleitung, "daß der belgische Standort alternative Produkte bekommt. Dafür werden wir uns einsetzen. Denn es war nie die Absicht, zu Lasten anderer Standorte die Arbeit an den deutschen Standorten zu erhöhen." Am gleichen Tag begannen Sozialplanverhandlungen mit den belgischen Arbeitnehmervertretern.



- [Presseerklärung des EBR von Volkswagen](#)
- [Film zu den Protesten in Brüssel](#)



Während die Vorbereitungen zu einer Demonstration in der Brüsseler Innenstadt begannen, zu der am 2. Dezember 2006 rund 20.000 Menschen kamen, kommentierte die belgische Presse die Hintergründe. **LE SOIR** schrieb, VW als ein Symbol der deutschen Wirtschaft gebe den deutschen Werken den Vorzug. "Man konnte nichts anderes von einem Unternehmen erwarten, dessen Hauptaktionär ein deutsches Bundesland ist und das von den Gewerkschaften mitverwaltet wird. Diese Umstrukturierung zeigt, wie wichtig es ist, Entscheidungszentren im eigenen Land zu behalten."

Am 27. November 2006 traf sich die Volkswagen-Koordinierungsgruppe, die der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) gebildet hatte, zur ersten Sitzung. Sie bemüht sich um ein europaweit abgestimmtes Vorgehen und wird ein alternatives betriebswirtschaftliches Konzept für das Werk Brüssel erarbeiten. Am 29. November 2006 sprach der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, stellvertretender Vorsitzender des Volkswagen-Aufsichtsrates, mit dem belgischen Premierminister Guy Verhofstadt. Beide wollen sich für eine gesicherte Zukunft des Werkes einsetzen.

- [Presseerklärung der IG Metall zu diesem Treffen](#)
- [Weitere Dokumente und Hintergrundinformationen auf der Webseite des EMB](#)

Am 8. Dezember 2006 wurde im Werk Brüssel ein Haustarifvertrag geschlossen, der bei freiwilligem Ausscheiden eine Abfindung zwischen 25.000 und 144.000 € vorsieht. Diese Summe liegt drei- bis viermal höher als der belgische Durchschnitt. Auch Frühverrentungen ab dem 50. Lebensjahr soll es geben. In der Zwischenzeit deutete die Konzernleitung an, daß ab 2009 der Audi A1 in Brüssel produziert und dadurch 2.200 Arbeitsplätze erhalten werden könnten. Voraussetzung sei aber eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von derzeit 35 auf 38 Stunden ohne Lohnausgleich.

2. Fallbeispiele: Was tut ein EBR bei Restrukturierungen?

Europaweite Proteste bei Generali



Einen Protesttag organisierte der Europäische Betriebsrat von Generali am 17. Oktober 2006. Daran beteiligten sich Beschäftigte des italienischen Versicherungskonzerns in Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, Belgien, Tschechien, Slowenien und Ungarn. Auslöser ist der Strategieplan 2005-2008 der Konzernleitung, der einen erheblichen Arbeitsplatzabbau vorsieht. Allein bei den deutschen Töchtern AachenMünchener Versicherung und Volksfürsorge sollen 1.500 Stellen wegfallen.

- [Weitere Informationen zum Protesttag](#)

Airbus-Koordinierungskomitee tagte

Am 31. Oktober 2006 kamen 40 Mitglieder des gewerkschaftlichen Airbus-Koordinierungskomitees beim Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) in Brüssel zusammen (über die Situation bei Airbus hatten wir bereits in den [EBR-News 3/2006](#) berichtet). Bei diesem Treffen wurde vereinbart, eine gemeinsame Plattform für zukünftige Diskussionen mit der Unternehmensleitung zu formulieren. "Wir werden das Management eines europäischen Unternehmens mit den europäischen Ideen und Forderungen zur Lösung eines europäischen Problems konfrontieren", erklärte der Generalsekretär des EMB, Peter Scherrer. Zur Situation äußerte sich Udo Nobel, EBR-Mitglied aus dem Werk Nordenham, am 3. November 2006 in einem Rundfunkinterview:

- [Das Interview im Wortlaut zum Nachlesen](#)
- [Das Interview im Wortlaut zum Hören](#) (Audio-Datei mp3)

EBR von Quebecor erzwingt Sondersitzung

Die kanadische Quebecor-Gruppe, Weltmarktführer in der Druckindustrie, gilt als eine der wenigen wirklich europäischen Unternehmen der Branche. Die Zusammenarbeit zwischen der zentralen Leitung und dem 2003 gebildeten EBR gestaltet sich jedoch schwierig. Bereits 2005 ignorierte das Management die Informations- und Konsultationsrechte des Europäischen Betriebsrates, als in britischen und schwedischen Standorten Massenentlassungen durchgeführt wurden. Die Gewerkschaften organisierten am 16. März 2005 einen Aktionstag.



- [Presseerklärung zum Aktionstag 2005](#) (in englischer Sprache)

Auch jetzt gibt es wieder eine ähnliche Situation. Am 15. November 2006 forderte der Sekretär des EBR die zentrale Leitung auf, das Gremium über eine Restrukturierungsmaßnahme in Frankreich zu konsultieren, die zur Schließung von zwei Standorten und dem Abbau von 500 Arbeitsplätzen führt. Gleichzeitig findet ein Transfer von Arbeitsplätzen nach Belgien statt. Der EBR drohte, gerichtliche Schritte einzuleiten, sollte innerhalb von zehn Tagen keine Antwort eingehen. Obwohl der Arbeitgeber die Standortschließungen nicht als transnationale Maßnahme ansieht, lenkte er am 24. November 2006 "zur Aufrechterhaltung des Geistes der Kooperation" ein und sicherte die baldige Einberufung einer außerordentlichen Sitzung zu, um die Maßnahmen genauer zu erläutern. Das Originalschreiben steht hier zum Download zur Verfügung:

- [Das Antwortschreiben der Konzernleitung im Wortlaut](#) (in französischer Sprache)

Schwebender Rechtsstreit bei British Airways



Vergleichbare Streitfälle wie bei Quebecor gibt es in vielen Europäischen Betriebsräten, so auch bei Coca-Cola Enterprises (siehe [Bericht in den EBR-News 1/2006](#)), sie enden aber selten vor Gericht. Anders ist die Situation bei British Airways. Anfang Dezember 2006 beschäftigte sich ein Gericht in Brüssel mit den Unterrichts- und Anhörungsrechten des EBR. Auslöser war die Entscheidung der Fluggesellschaft, ihren Passagierservice in Wien dem deutschen Flughafenbetreiber Fraport zu übertragen, ohne den EBR einzuschalten.

Die zentrale Leitung argumentierte, es handele sich um eine nationale Angelegenheit in Österreich und falle daher nicht in den Zuständigkeitsbereich des EBR. Die Arbeitnehmervertreter konnten dagegen auf ähnliche Maßnahmen in Zürich, Genf, Prag, Lyon und Paris verweisen. Das Gericht schloß sich dieser Meinung an und verpflichtete die Konzernleitung, unverzüglich ein korrektes Konsultationsverfahren einzuleiten. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Die Geschäftsleitung reagierte auf das mutige Vorgehen der Arbeitnehmervertreter und bedroht die EBR-Vorsitzende mit Entlassung. Folgende Dokumente sind nur in englischer Sprache verfügbar:

- [Offener Brief der EBR-Vorsitzenden](#)
- [Resolution der Europäischen Transportarbeiterföderation](#)
- [Die EBR-Vereinbarung von British Airways im Wortlaut](#)

British Airways hatte 1996 einen EBR nach belgischem Recht gebildet, weil das Sozialprotokoll der EU damals im Vereinigten Königreich noch keine Anwendung fand. Erst nach dem Regierungsantritt der Labour Party wurde die EBR-Richtlinie dann im Januar 2000 in die britische Rechtsordnung übernommen (siehe auch [Länderbericht Großbritannien in den EBR-News 3/2005](#)).

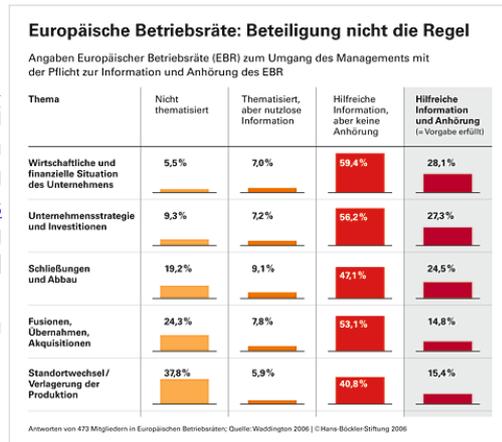
Schneider Electric initiiert Verhandlungen

Ganz anders verhält sich dagegen die Leitung des französischen Konzerns Schneider Electric, die Anfang Dezember 2006 an den Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) herangetreten ist, um Verhandlungen über eine sozialverträgliche Gestaltung der strategischen Unternehmenspolitik zu beginnen. Der Konzern arbeitet an einem Textentwurf, der im Januar 2007 den Arbeitnehmervertretern vorgelegt werden soll. Ziel des geplanten europaweiten Abkommens ist die gemeinsame Definition von sozialen Prinzipien, um die anstehenden Betriebsänderungen in einer Form durchzuführen, die den Beschäftigten eine frühzeitige Einbindung ermöglicht. Vergleichbare Verhandlungen laufen derzeit auch im französischen Versorgungskonzern SUEZ (siehe [Bericht in den EBR-News 3/2006](#)).

Statistik über Einbeziehung des EBR

Die Informations- und Konsultationsrechte eines EBR zur wirtschaftlichen Situation des Unternehmens, bei Stellenabbau oder Fusionen werden in vielen Fällen nicht respektiert. Die umfangreiche EBR-Befragung von Prof. Waddington (siehe [Bericht in den EBR-News 4/2005](#)) belegt, daß Anhörungen vor der Durchführung einer Maßnahme eher die Ausnahme als die Regel sind (zum Vergrößern rechts auf die Grafik klicken). Dies ist einer der Gründe für die Forderung nach baldiger Revision der EBR-Richtlinie.

- [Die Untersuchungsergebnisse im Überblick](#)
- [Aktueller Stand zur Revision der EBR-Richtlinie](#)



3. Gerichtsurteil in Paris: EBR erzwingt Privatisierungsstopp



Eilentscheidung um Mitternacht

Am 21. November 2006 untersagte ein Gericht in Paris dem staatlich kontrollierten Energiekonzern Gaz de France (GdF), Entscheidungen zur Fusion mit SUEZ zu treffen, bevor der Europäische Betriebsrat dazu Stellung bezogen hat. Im Eilverfahren hatte der EBR dieses Urteil erstritten, das noch am selben Tag um Mitternacht von einem Berufungsgericht bestätigt wurde. Die für den 22. November 2006 geplanten Sitzungen der Verwaltungsräte beider Unternehmen mußten daher auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die Gewerkschaften fürchten den Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen und hatten zur Untersuchung der Fusionspläne mehr Zeit gefordert.

Die Richter sahen es als erwiesen an, daß die Unterrichtung und Anhörung des EBR nicht in der vorgeschriebenen Form stattgefunden hätte. Insbesondere seien den Arbeitnehmervertretern keine ausreichend detaillierten und fundierten Daten vorgelegt worden, aus denen die Konsequenzen für die Arbeitsplätze hervorgingen. Das Gericht räumte dem EBR das Recht ein, bei der Beurteilung des Fusionsvorhabens zwei Beratungsgesellschaften zu Rate zu ziehen. Frühestens zehn Tage nach Vorlage dieser Gutachten kann eine EBR-Sondersitzung einberufen werden, um eine Stellungnahme zu beschließen. Beide Konzerne sind jetzt durch das Gerichtsurteil gezwungen, die der Fusion zugrundeliegenden betriebswirtschaftlichen Berechnungen neu anzustellen.

- [Gewerkschaftspolitische Bewertung des Urteils](#) (in englischer Sprache)
- [Die Urteile im Wortlaut](#) (in französischer Sprache)

Die Fusion wird jetzt ein Wahlkampfthema

Wenige Tage nach dem Gerichtsurteil beschäftigte sich auch der französische Verfassungsrat mit der Fusion. Am 30. November 2006 entschied er, daß GdF frühestens im Juli 2007 privatisiert und mit SUEZ fusioniert werden kann. Die oppositionellen Sozialisten wollen das Vorhaben stoppen, falls sie im Frühjahr 2007 die Wahlen zu Präsidentschaft und Nationalversammlung

gewinnen, da sie neben einem Stellenabbau auch höhere Gaspreise befürchten.

Frankreichs konservative Regierung, die die Fusion eingefädelt hatte, um SUEZ vor einer Übernahme durch ein italienisches Unternehmen zu bewahren (siehe [Bericht in den EBR-News 1/2006](#)), bemüht sich um Schadensbegrenzung. Der Aufschub stelle die Relevanz des Projektes nicht in Frage. Die Europäische Kommission hatte dem Zusammenschluß, aus dem der größte Gaskonzern und der fünftgrößte Stromkonzern Europas entstehen soll, am 14. November 2006 genehmigt. Während des Genehmigungsverfahrens hatte der Europäische Betriebsrat von SUEZ in Brüssel seine Bedenken gegen die Fusion vorgetragen (siehe [Bericht in den EBR-News 3/2006](#)). Auf einer Sondersitzung am 3. November 2006 in Paris bemängelte er die unzureichenden Informationen der zentralen Leitung.

- [Bericht von der EBR-Sitzung von SUEZ](#) (in englischer Sprache)

Europaweite Bedeutung des Urteils

Nach französischer Rechtslage muß für eine solche Fusionsentscheidung zunächst eine Beurteilung seitens der Arbeitnehmervertreter vorliegen, die dann später - da es keine Mitbestimmung gibt - vom Arbeitgeber durchaus auch ignoriert werden kann. Entscheidungen kann er aber erst dann umsetzen, wenn das Prozedere von Information und Konsultation juristisch korrekt durchgeführt wurde. Diese Grundphilosophie der französischen Betriebsverfassung liegt auch der geltenden EU-Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat zugrunde. Europäische Betriebsräte können daher über den Vorwurf, mangelhaft informiert und konsultiert worden zu sein, erheblichen (auch juristischen) Druck auf den Arbeitgeber ausüben.

4. Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Fusionen

Im Oktober 2005 hatte der EU-Ministerrat die Fusionsrichtlinie verabschiedet. Sie regelt die grenzüberschreitende Verschmelzung von Unternehmen sowie deren Auswirkungen auf die Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichts- oder Verwaltungsrat (siehe [Bericht in den EBR-News 3/2005](#)). Die Systematik der Richtlinie ist eng an die Mitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) angelehnt.



- [Die EU-Richtlinie im Wortlaut](#)
- [Bewertung durch die Gewerkschaft ver.di](#)
- [Weitere Informationen zur EU-Fusionsrichtlinie](#)

Deutsches Umsetzungsgesetz tritt in Kraft

Am 9. November 2006 verabschiedete der Deutsche Bundestag das "Gesetz zur Umsetzung der Regelungen über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten". Es wird voraussichtlich am 2. Januar 2007 in Kraft treten. Mit der frühzeitigen Umsetzung weit vor dem Stichtag im Dezember 2007 hat der deutsche Gesetzgeber damit einen sicheren Rahmen für den Erhalt von Mitbestimmungsrechten im Fall von grenzüberschreitenden Fusionen geschaffen.

Grundsätzlich sollen die Mitbestimmungsregelungen des Sitzstaates der neuen Gesellschaft zur Anwendung kommen, es sei denn, für die beteiligten Unternehmen gelten unterschiedliche Niveaus von Mitbestimmung (was in der Praxis wohl die Regel sein dürfte). Entscheidendes Grundprinzip ist dann der Schutz erworbener Rechte der Arbeitnehmer. Die Eintragung der neuen Gesellschaft im geplanten Sitzstaat kann erst nach einem Verfahren über die Ausgestaltung der Mitbestimmung erfolgen. Zu diesem Zweck wird ein "Besonderes Verhandlungsgremium" gebildet, das mit den Leitungen der betroffenen Unternehmen eine Vereinbarung über die Mitbestimmung aushandeln soll. Kommt es zu keiner Einigung, greift nach sechs Monaten automatisch eine Auffangregelung. Es gilt dann die weitestgehende Mitbestimmung der beteiligten Gesellschaften. Für weitere Fusionen gibt es bezüglich der Mitbestimmungsregelungen drei Jahre Bestandsschutz.

- [Der Gesetzestext im Wortlaut](#)
- [Weitere Informationen zum deutschen Gesetz](#)

Die Fusionsrichtlinie ist nicht das letzte europäische Gesetzesvorhaben, das für die Mitbestimmung von Bedeutung ist. Im Frühjahr 2007 wird eine Richtlinie zur grenzüberschreitenden Sitzverlagerung von Kapitalgesellschaften (14. gesellschaftsrechtliche

Richtlinie) erwartet. Dem Vernehmen nach soll sie ebenfalls substantielle Regelungen zum Schutz von Mitbestimmungsrechten enthalten. Die Umsetzung dieser mitbestimmungsrelevanten Richtlinien in die Rechtsordnungen der EU-Länder wird vom SE-Europe Netzwerk beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut regelmäßig verfolgt.

- [Die Webseite des SE-Europe Netzwerkes](#) (in englischer Sprache)



Tagung zur Fusionsrichtlinie in Hannover

Um betrieblichen Praktikern einen Einblick in die Regelungen von grenzüberschreitenden Verschmelzungen zu geben, führte der Bezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 14. November 2006 in Hannover eine Tagung für Mitglieder Europäischer Betriebsräte unter dem Motto "Ende der Mitbestimmung durch Fusionen in Europa? – Grenzüberschreitende Unternehmensfusionen und Mitwirkungsmöglichkeiten" durch. Rund 25 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, um die umstrittenen Regelungen zur Mitbestimmung kennenzulernen und zu diskutieren. Dazu stand als Experte Prof. Dr. Bernhard Nagel, Direktor des Instituts für Wirtschaftsrecht an der Universität Kassel, zur Verfügung, der an der Umsetzung der EU-Fusionsrichtlinie in Deutschland maßgeblich beteiligt war.

Prof. Dr. Klaus Kost von PCG PROJECT CONSULT in Essen und Philippe Duchamp von der Groupe ALPHA in Paris erläuterten Praxisbeispiele aus Sicht deutscher und französischer Betriebsräte. Letztlich könnten unterschiedliche Ansprüche, die Betriebsräte stellen, nur in grenzüberschreitender Kooperation und Zusammenarbeit auch der Berater adäquat bearbeitet werden.

- [Bericht von der Tagung und Download der Präsentationen](#)

5. Gleichbehandlung auf Europäisch

Europaweite Vereinbarung bei Areva

Eine Vereinbarung zur Gleichbehandlung der Geschlechter und von Menschen mit Behinderung wurde am 16. November 2006 für den französischen Atomenergiekonzern Areva unterzeichnet. Sie wurde vom Europäischen Betriebsrat gemeinsam mit dem Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) ausgehandelt. Eine ähnliche Vereinbarung war im November 2005 von der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) für das französische Energieunternehmen TOTAL geschlossen worden (siehe [Bericht in den EBR-News 4/2005](#)).



Die Vereinbarung gilt in mehrfacher Hinsicht als Meilenstein der europäischen Arbeitsbeziehungen. Auch wenn diskriminierende Praktiken bei Einstellung und Weiterbildung verhindert werden sollen, handelt es sich weniger um ein Regelwerk zur Antidiskriminierung, der Schwerpunkt liegt vielmehr auf positiven Maßnahmen der Gleichstellung. Durch Schulungen sowohl der Personalverantwortlichen als auch der Arbeitnehmerseite soll ein Bewußtsein geschaffen werden, daß alle beruflichen Positionen im Konzern sowohl Männern als auch Frauen offenstehen. Beabsichtigt ist zudem, mittels lokaler Aktionspläne die Integration von Menschen mit Behinderung sicherzustellen.

Bemerkenswert sind nicht nur die Inhalte der Vereinbarung, sondern auch die Vorgehensweise des Europäischen Betriebsrates. Zum einen hat er mittels Fragebögen, die in allen Betriebsstätten verteilt wurden, systematisch die Ausgangslage innerhalb des Konzerns untersucht. Zum anderen wurde noch vor Beginn der Verhandlungen der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) "ins Boot" geholt. Er ist alleiniger Unterzeichner der Vereinbarung, was eine Stärkung seiner Rolle darstellt. Bedeutsam ist diese Tatsache auch aus folgendem Grund: beim Aushandeln internationaler Rahmenvereinbarungen, in denen Gewerkschaftsrechte einen zentralen Raum einnehmen, tun sich manche Europäische Betriebsräte schwer, die zuständigen Gewerkschaften (in diesem Fall die globalen Gewerkschaftsverbände) zu beteiligen.

- [EMB-Presserklärung zur Unterzeichnung der Vereinbarung](#)
- [Präsentation über die neue Areva-Vereinbarung](#) (in englischer Sprache)
- [Die Vereinbarung im Wortlaut](#)

Fortzahlung seiner Bezüge eine Art EBR-Zulage in Höhe von 80.000 Norwegischen Kronen (knapp 10.000 €).

Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat

Obwohl es sich bei Mecom nicht um eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) handelt, gehören dem Verwaltungsrat des Unternehmens fünf Arbeitnehmervertreter aus mehreren Ländern an (Norwegen und Dänemark). Sie bilden gemeinsam mit dem EBR-Vorsitzenden und den Vorsitzenden nationaler (Konzern-)Betriebsräte aus vier Ländern den "Group Employee Council" (GEC). Dieser trifft sich sechsmal jährlich: dreimal mit dem Management und dreimal intern.

Zusätzlich zu den normalen Reise- und Dolmetscherkosten für alle diese Sitzungen erhält der GEC ein Budget von 250.000 Norwegischen Kronen (rund 30.000 €). Auch jedes GEC-Mitglied erhält ein eigenes Budget: 20.000 Kronen (rund 2.500 €) für die Präsidiumsmitglieder und 10.000 Kronen (rund 1.200 €) für die weiteren GEC-Mitglieder. Das Budget kann für Reise- oder andere Kosten verwendet werden, die über die normale Tätigkeit hinausgehen, z. B. für Betriebsbesuche in anderen Ländern.

- [Grafische Darstellung der neuen EBR-Struktur](#) (in englischer Sprache)
- [Fotos und Adressen der Mitglieder des GEC](#) (in englischer Sprache)
- [Weitere Informationen zur EBR-Gründung](#)
- [Die EBR-Vereinbarung im Wortlaut](#) (in englischer Sprache)

Revidierte EBR-Vereinbarung für Epson



Der Europäische Betriebsrat des japanischen Elektronikgeräteherstellers Epson verfügt über eine neue Grundlage für seine Arbeit. Eineinhalb Jahre dauerten die Verhandlungen (über den Auftakt siehe [Bericht in den EBR-News 3/2005](#)), die am 5. Oktober 2006 in Amsterdam abgeschlossen werden konnten. Seit 1997 gibt es bei Epson bereits ein europaweites "Informations- und Konsultationsforum" nach niederländischem Recht, dessen Befugnisse jedoch teilweise unterhalb der Auffangregelungen der EBR-Richtlinie lagen. Bei den Verhandlungen konnte die Arbeitnehmerseite in einigen Punkten eine Angleichung an diese Mindeststandards erreichen. Unterstützung lieferte das Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de".

- [Bewertung der revidierten EBR-Vereinbarung](#)

Aktualisierte Liste mit Europäischen Betriebsräten

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut hat am 30. November 2006 eine neue Liste veröffentlicht, auf der alle bekannten Europäischen Betriebsräte verzeichnet sind. Die Liste ist chronologisch geordnet und online abrufbar.

- [Die neue EBR-Liste](#)

7. Europäische Betriebsräte im Transportgewerbe



Mitte der 90er Jahre (Quelle aller Zahlen sind Veröffentlichungen des Europäischen Gewerkschaftsinstituts, die wir in den [EBR-News 2/2006](#) vorgestellt hatten). Die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF) in Brüssel koordiniert als gewerkschaftlicher Verband die

Im Vergleich zu anderen Branchen gehören Unternehmen des Personen- und Gütertransports zu Land, Wasser und in der Luft bei der Gründung von Europäischen Betriebsräten eher zu den Nachzüglern. Während sich in der chemischen Industrie (siehe [Bericht in den EBR-News 3/2006](#)) und in der Metallindustrie bereits 40% aller Europäischen Betriebsräte konstituiert haben, belegt die Transportbranche mit 23,5% den letzten Platz der Statistik. Im Juni 2005 gab es in den europaweit 81 Transport- und Logistikunternehmen, die von der EBR-Richtlinie erfaßt sind, 22 Europäische Betriebsräte in 19 Unternehmen. Etwa die Hälfte davon besteht bereits seit

Europäischen Betriebsräte der Branche (siehe Bericht vom ETF-Kongreß und Interview mit dem ETF-Generalsekretär in den [EBR-News 2/2005](#)).

Während sich deutsche und französische Unternehmen des Transportgewerbes im europäischen Durchschnitt bewegen, legten insbesondere britische Firmen bei der EBR-Gründung ein größeres Tempo vor. Diese quantitative Feststellung läßt allerdings keine Rückschlüsse auf die Qualität der EBR-Vereinbarungen zu. Grenzüberschreitend tätige Transportunternehmen sind im Vergleich zu anderen Branchen stärker an Fusionen und Übernahmen beteiligt. Bemerkenswert ist auch die Belegschaftsgröße der EBR-fähigen Unternehmen: sie erreicht in keinem anderen Industriezweig derart hohe Durchschnittswerte.

Der Verkauf der Seehäfen hat begonnen

Viele Transport- und Logistikunternehmen (Eisenbahnen, Postdienste, Fluggesellschaften usw.) sind oder waren einmal in öffentlicher Hand. Derzeit ist der Güterumschlag in den Seehäfen Ziel von Übernahmeversuchen, weil kommunale Eigentümer ihre Häfen privatisieren. So trat die Deutsche Bahn als Interessent für die Hamburger Hafengesellschaft HHLA auf den Plan und die Logistikgruppe Rhenus zeigt Interesse am Lübecker Hafen. Der Güterumschlag im Rostocker Hafen wurde bereits vor zehn Jahren von einem ausländischen Konsortium übernommen. In Großbritannien wechselten kürzlich die Hafengesellschaft AB Ports und der Terminal- und Fährbetreiber P&O den Eigentümer.

Wegen einer Protestaktion gegen die Privatisierungspläne ruhte zuletzt am 14. Dezember 2006 im Hamburger Hafen die Arbeit. Im Januar 2006 hatten 40.000 streikende Hafentarbeiter in zwölf Ländern die von der EU geplante Richtlinie über den Marktzugang für Hafendienstleistungen, das sogenannte Port Package II, zu Fall gebracht (siehe [Bericht in den EBR-News 1/2006](#)).

Modellprojekt: EBR-Gründung in der Hafenlogistik

Von italienischen Gewerkschaften kam jetzt die Initiative, die Gründung Europäischer Betriebsräte bei Hafenbetreibern zu forcieren. Die Transportgewerkschaft des Dachverbands CGIL wird daher gemeinsam mit ver.di in Deutschland und mit Unterstützung der ETF ein Modellprojekt für **Eurokai**, den europäischen Marktführer im Containerumschlag, starten. Über ihre Tochtergesellschaften Eurogate und Contship Italia betreibt die Eurokai-Gruppe zahlreiche Hafenterminals an der Nordsee, im Mittelmeerraum und am Atlantik sowie intermodalen Transport, Logistik- und IT-Management und Ingenieurdienstleistungen.



Die EBR-Gründung bei Eurokai soll als Muster für andere Transport- und Logistikunternehmen wie die dänische Maersk-Gruppe dienen und später auch in der Luftfahrt umgesetzt werden. Einbezogen in das Projekt, das wegen seines Modellcharakters von der Europäischen Union finanziell gefördert wird, sind auch Transportgewerkschaften aus den EU-Beitrittsländern Rumänien und Kroatien. Das Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" wird gemeinsam mit dem Beratungsbüro Veb Consult aus Florenz (Italien) die inhaltliche Begleitarbeit leisten. Die Auftaktveranstaltung soll im Februar 2007 in der kroatischen Hafenstadt Rijeka stattfinden.

8. Österreich: Bestandsaufnahme zur EBR-Arbeit

Betriebsverfassung und Europäische Betriebsräte

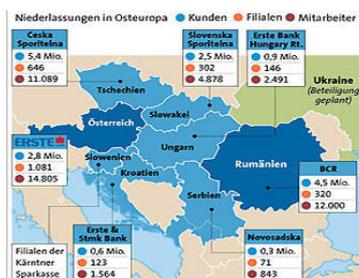
Viele Merkmale der Arbeitsbeziehungen in Österreich weisen Parallelen mit Deutschland auf. So sind die Gewerkschaften in einem einheitlichen Dachverband zusammengeschlossen, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB). Die Betriebsräte verfügen über Mitbestimmungsrechte und Arbeitnehmervertreter sind zu einem Drittel im Aufsichtsrat vertreten. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist wesentlich höher als in Deutschland: von den 8,2 Mio. Einwohnern des Landes gehören 1,4 Mio. dem ÖGB an, was einem Organisationsgrad von 40% entspricht (Deutschland: etwa 25%). Eine Friedenspflicht nach deutschem Muster ist unbekannt, dennoch finden nur sehr wenige Arbeitskämpfe statt.



Die Wirtschaft wird von Nahrungsmitteln, Maschinenbau, Chemie, Motoren- und Getriebefertigung sowie Elektronik geprägt. Obwohl es auf österreichischem Boden nur wenige Konzernzentralen gibt, sind Delegierte in jedem zweiten Europäischen Betriebsrat vertreten (in 402 der insgesamt 784 Gremien). Diese Zahl ist gleichzeitig auch ein Beleg für die starke Einbindung der Volkswirtschaft in den Europäischen Binnenmarkt. Im Juni 2005 verzeichnete das Europäische Gewerkschaftsinstitut in seiner Datenbank 46 österreichische Unternehmen, die unter den Geltungsbereich der EBR-Richtlinie fallen (das entspricht 2% von 2.204 Unternehmen in ganz Europa). Davon hatten 17 bereits einen oder mehrere Europäische Betriebsräte gegründet.

Vorreiter war 1995 der Verpackungskonzern Mayr-Melnhof, der 2005 sogar einen zweiten (Sparten-)EBR eingerichtet hat (siehe [Bericht in den EBR-News 1/2006](#)). Bisher gibt es auch bereits zwei österreichische Unternehmen in der Rechtsform einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE), die eine Vereinbarung zur länderübergreifenden Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat abgeschlossen haben: die Bauholding Strabag (siehe [Bericht in den EBR-News 3/2006](#)) und das Metallunternehmen Plansee (siehe [Bericht in den EBR-News 1/2006](#)).

Österreich - Brücke nach Osteuropa



Keines der alten EU-Mitglieder war von der Osterweiterung im Jahre 2004 ähnlich stark betroffen wie Österreich, viele westeuropäische Unternehmen nutzen das Land als Sprungbrett nach Osteuropa. Auch österreichische Unternehmen investierten in den letzten 15 Jahren gezielt in den östlichen Nachbarländern, vor allem Banken und Versicherungen, der Handel und die Bauindustrie. So zählen beispielsweise die Akquisitionen der Erste Bank in Südosteuropa (zum Vergrößern hier links auf die Grafik klicken) zu den größten Transaktionen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte.

- [Bericht von der EBR-Gründung der Erste Bank](#)
- [Hintergrund: Banken in Mitteleuropa](#)
- [Hintergrund: EU-Osterweiterung und Europäische Betriebsräte](#)

Durch die EU-Erweiterung kamen schätzungsweise 100 bis 200 weitere Unternehmen aus Österreich in den Geltungsbereich der EBR-Richtlinie. Es fehlt allerdings an einer gezielten Datensammlung zur Identifizierung dieser vorwiegend kleineren Firmen, die manchmal nur im lokalen Grenzgebiet der östlichen Nachbarländer tätig sind. Auch der Papierkonzern Mondi Business Paper ist in Europa fast ausschließlich in den neuen EU-Ländern vertreten. Als erstes österreichisches Unternehmen bildete er keinen EBR, sondern gleich einen Weltbetriebsrat (siehe [Bericht in den EBR-News 3/2006](#)).

- [Überblick über die EBR-Entwicklungen in Österreich 2002 - 2004](#) (in englischer Sprache)
- [Das österreichische Umsetzungsgesetz zur EBR-Richtlinie im Wortlaut](#)
- [Broschüre zur Betriebsverfassung in Österreich](#) (32 Seiten)
- [Broschüre zur Mitbestimmung in österreichischen Konzernen](#) (36 Seiten)
- [Weitere Dokumente zum Download](#)

EBR-Konferenz der Gewerkschaft GPA

Am 27. November 2006 fand zum achten Mal das von der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) ausgerichtete Konzerneforum statt. Etwa 100 Betriebsratsmitglieder - vorwiegend aus multinationalen Unternehmen - waren auf das Werksgelände des Stahlkonzerns Voestalpine nach Linz gekommen, um Herausforderungen und Entwicklungspotentiale der EBR-Arbeit zu diskutieren.

Beeindruckend waren die Berichte von EBR-Mitgliedern der Unternehmen Voestalpine, Erste Bank, Novartis, Baxter und Generali, die auf einem Podium (siehe Foto) über ihre aktuelle Tätigkeit berichteten. Als Gastredner zeigte Dr. Werner Altmeyer vom Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" auf, warum gewerkschaftliche Einbindung und externe Unterstützung für Europäische Betriebsräte entscheidend ist. Die Konferenz machte deutlich, daß der Erfahrungsaustausch über den Tellerrand des eigenen



Unternehmens hinaus und die Orientierung an Beispielen von "best practice" für die strategische Weiterentwicklung der EBR-Arbeit eine hohe Bedeutung haben.

- [Novartis: EBR-Projekt zum europaweiten Vergleich der Arbeitsbedingungen](#)
- [Erste Bank: Gründung und Tätigkeit des EBR](#)
- [Baxter: Neuverhandlung der EBR-Vereinbarung](#)
- [Exkurs: Bericht von einer EBR-Konferenz des ÖGB im September 2005](#)

Forschungsprojekt über Teambildung im EBR



JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ

Seit Januar 2006 läuft am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Universität Linz ein Forschungsprojekt über Europäische Betriebsräte in österreichischen Unternehmen. Auftraggeber sind der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Arbeiterkammer Oberösterreich und der Konzernbetriebsrat des Stahlkonzerns Voestalpine.

- [Die Konzeption des Forschungsprojektes](#)

Auf dem GPA-Konzernerforum am 27. November 2006 stellte Projektmitarbeiter Dr. Harald Stöger erstmals Ergebnisse der Befragung von mehr als 50 EBR-Mitgliedern, Gewerkschaftssekretären und Managementvertretern aus zwölf Konzernen vor. Ähnlich wie die deutsche Studie von Prof. Kotthoff (siehe [Bericht in den EBR-News 3/2006](#)) unterscheiden auch die Linzer Forscher mehrere Modelle:

- das eingespielte Team
- das multinationale Team
- die Konkurrenten
- die blockierte Teambildung im symbolischen EBR.

Management und EBR - eine widersprüchliche Beziehung?

Auch die Rolle der zentralen Leitung wird von den Forschern in Typen eingeordnet:

- die Kooperationskultur
- der EBR als Präsentationsforum der Konzernpolitik
- der marginale EBR in der autoritären Unternehmenskultur.

Wir werden in den kommenden Ausgaben der EBR-News einzelne Typen genauer vorstellen.

Die bisherigen Länderschwerpunkte in den EBR-News:

- [Frankreich](#) (März 2006)
- [Großbritannien](#) (September 2005)
- [Italien](#) (Juli 2006)
- [Polen](#) (Juni 2005)
- [Rumänien + Bulgarien](#) (Oktober 2006)
- [Schweden](#) (Dezember 2005)
- [Schweiz](#) (Dezember 2004)
- [Spanien](#) (März 2005)

9. EBR-Berater kooperieren international



Deutsch-französische Berater-Allianz vereinbart

Am 16. Oktober 2006 wurde in Paris zwischen der PCG PROJECT CONSULT GmbH und der Groupe ALPHA ein Kooperationsvertrag unterzeichnet, der die Beratung Europäischer Betriebsräte zum Ziel hat. Peter Scherrer, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB), und Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), waren bei der Unterzeichnung persönlich anwesend und unterstrichen damit die hohe politische Bedeutung des Abkommens. Die Groupe ALPHA ist in Frankreich Marktführerin bei der Beratung und Schulung von Betriebsräten (siehe auch [Bericht in](#)

den [EBR-News 2/2005](#)), PCG PROJECT CONSULT mit Sitz in Essen und Niederlassungen in mehreren Bundesländern gehört zu den größten Anbietern der deutschen Betriebsräteberatung.

- [Bericht von der Vertragsunterzeichnung in Paris](#)
- [Erster Personalaustausch zwischen Deutschland und Frankreich](#)
- [Präsentation zur internationalen Zusammenarbeit von Betriebsräteberatern](#)
- [Die Tätigkeit von Betriebsräteberatern bei internationalen Fusionsprozessen](#)

Im Juli 2006 war der Leiter von PCG PROJECT CONSULT, **Prof. Dr. Klaus Kost**, mit einem Beitrag im Magazin Mitbestimmung an die Öffentlichkeit getreten und hatte eine strategische Neuordnung des deutschen Beratermarktes für Betriebsräte angemahnt. Er beschreibt darin die Entwicklung der arbeitnehmerorientierten Consulting-Szene in Deutschland seit den 1980er Jahren. In letzter Zeit entwickelt sich Beratung für Betriebsräte jedoch von den punktuellen "Feuerwehreinsätzen" bei unmittelbar drohendem Arbeitsplatzabbau hin zu einer strategischen Gestaltung der Zukunft. Dabei stellt die Internationalisierung der Unternehmen angesichts eines zersplitterten gewerkschaftsnahen Beratermarktes in Deutschland eine kaum zu lösende Herausforderung dar.

Prof. Kost (Foto): "Häufig stehen die arbeitsorientierten Berater den von den Unternehmensleitungen beauftragten Consultants – wie McKinsey, BCG, Roland Berger – in einem Verhältnis von David zu Goliath gegenüber." Dem soll durch ein funktionierendes Netzwerk aus kompetenten Spezialisten – von Juristen über Betriebswirten und Managern bis hin zu Personalentwicklern – entgegengetreten werden. Ein gut gerüsteter Beraterpool und die Bereitschaft, in multinationalen Teams zu arbeiten, seinen erforderlich.



Die deutsche Beraterszene ist im Vergleich zu Frankreich nicht nur sehr stark zersplittert, sondern tritt auch häufig wenig professionell auf. Daher seien nicht nur Netzwerke, sondern mittelfristig auch Fusionen von Beratungseinrichtungen erforderlich. Sein kühner Vorschlag: "Warum schaffen wir keine *UNION Consulting AG*, und zwar nach Möglichkeit als europäische Aktiengesellschaft?"

Skepsis bei manchen Gewerkschaften

Anders als in Frankreich gibt es bei einigen deutschen Gewerkschaften immer noch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Arbeit externer Consultants. Kost, selbst ehemaliger Mitarbeiter der IG Metall-Vorstandsverwaltung, fordert nicht nur zur Überwindung diese Einstellung auf, sondern mahnt ein offensives Vorgehen an: die Gewerkschaften sollen gezielt Qualitätsstandards definieren, nach denen arbeitsorientierte Berater zum Einsatz kommen. Die Wortmeldung von Prof. Kost hat bereits Reaktionen ausgelöst, die ebenfalls im Magazin Mitbestimmung abgedruckt wurden. So fordert z. B. ein Gewerkschaftssekretär von ver.di eine gewerkschaftliche Empfehlungsliste für Berater.

- [Der Beitrag von Prof. Kost im Wortlaut](#) (Juli 2006)
- [Leserbriefe zu diesem Beitrag](#) (September 2006)
 - → [Abonnement des Magazins Mitbestimmung](#)

Gezielte Unterstützung bei EBR-Neugründungen

PCG PROJECT CONSULT wird ab Januar 2007 gemeinsam mit dem Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" Beratungsinitiativen für die erstmalige Gründung von Europäischen Betriebsräten in solchen Unternehmen starten, die bisher noch nicht über ein solches Gremium verfügen. Allein in Deutschland handelt es sich dabei um 327 Firmen.

Neuer Kooperationspartner in Italien

Das Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" hat eine Kooperation mit dem italienischen Beratungsbüro Veb Consult vereinbart, das die bisherige Liste der Partnereinrichtungen in Frankreich und Großbritannien ergänzen wird. Veb Consult betreibt seit 1997 einen internationalen Beratungsservice in Florenz und arbeitet mit zehn festen Mitarbeitern eng mit den italienischen Gewerkschaften zusammen. Peter Völk, ehemaliger Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung und Leiter des Instituts, war schon 1989 an der Gründung des "Europäischen Bildungsinstituts Bremen" beteiligt und lebt seit 1992 in der



Toskana.

- [Weitere Informationen zur Person](#)
- [Die Webseite von Veb Consult](#) (in italienischer Sprache)

10. Interessante Webseiten



Fallbeispiele über Restrukturierungen

Im Rahmen des von der EU geförderten Projektes AgirE ("Anticiper pour une gestion innovante des restructurations en Europe") untersuchen seit November 2005 zehn Forschungs- und Beratungseinrichtungen aus acht Ländern innovative Maßnahmen zur Antizipation von Unternehmensrestrukturierungen und ihrer sozialen Auswirkungen. Das Projekt will den Erfahrungsaustausch zwischen unterschiedlichen Akteuren (z.B. Europäische Kommission, Sozialpartner) fördern und deren antizipative Rolle stärken, geleitet wird es von der französischen Betriebsräteberatung Groupe ALPHA. Bisher wurden 26 Unternehmens-Fallstudien erstellt (u. a. über Alcan, ABN Amro, IBM, Thomson), die in kommenden Seminar-Veranstaltungen mit akademischen Studien verknüpft werden sollen. Die Webseite ist in englischer und französischer Sprache verfügbar.

- [Die Webseite des Projekts AgirE](#)
- [Die Fallstudien zum Download](#)

EBR-Infos von ver.di-Hessen



Eine eigene Seite für Europäische Betriebsräte hat kürzlich der Fachbereich "Besondere Dienstleistungen" der Gewerkschaft ver.di in Hessen ins Internet gestellt. Zu diesem Fachbereich gehören Unternehmen wie ACNielsen, American Express, AVIS, Thomas Cook oder TUI, die bereits einen EBR gegründet haben. Im November 2006 fand auf Zypern eine Konferenz für EBR-Mitglieder aus dem Tourismussektor statt, auch hierüber sind Informationen auf der Webseite abrufbar.

- [Die EBR-Seite des ver.di-Bereichs "Besondere Dienstleistungen" Hessen](#)
- [Bericht von der EBR-Konferenz des Tourismussektors](#)



Lernmaterial zur Europa-Kompetenz

Die Bildungsstätte "Internationales Haus Sonnenberg" im Harz hat zwischen Februar 2005 und September 2006 multimediales Lehr- und Lernmaterial zur Vermittlung von Europa-Kompetenz entwickelt. Folgende Module sind verfügbar: ein Modul über die grundlegenden Strukturen der EU, ein Modul zur Förderung der kulturellen Sensibilität, ein Modul Begegnung und Kommunikation sowie ein Modul zum Arbeiten in Europa.

- [Die Webseite des Projektes](#)

Grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit Österreich - Ungarn



Der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR) Burgenland - Westungarn versucht seit 2002, mögliche negative Auswirkungen der EU-Osterweiterung abzufedern. Auf seiner Webseite stellt er Dokumente und Broschüren für Grenzgänger und grenzüberschreitende Gewerkschaftskontakte zum Download zur Verfügung.

- [Die Webseite des IGR Burgenland - Westungarn](#)

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft



Die deutsche Bundesregierung wird im ersten Halbjahr 2007 turnusmäßig die Präsidentschaft der Europäischen Union übernehmen. Hierzu hat sie eine eigene Webseite ins Netz gestellt, auf der ab 1. Januar 2007 alle wichtigen Informationen abrufbar sind.

- [Die Webseite zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)

Zahlreiche weitere interessante Links haben wir [hier](#) zusammengestellt.

11. Neue Publikationen

EBR-Studien aus Brüssel - jetzt auch in deutscher Sprache

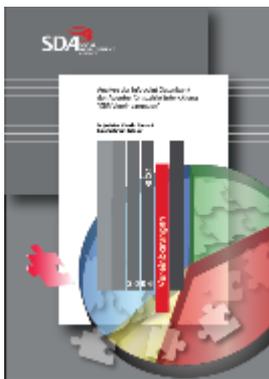
Im Juli 2006 sind zwei englischsprachige Broschüren erschienen, die sich mit der praktischen Arbeit von Europäischen Betriebsräten und mit den Merkmalen von EBR-Vereinbarungen beschäftigen. Seit Ende Oktober 2006 liegt eine deutsche Übersetzung vor, auch Französisch, Italienisch und Spanisch sind verfügbar. Herausgeber ist die Agentur für soziale Entwicklung (SDA), deren Arbeit wir in den [EBR-News 1/2005](#) vorgestellt hatten.

Fallstudien über "best practice" in der EBR-Arbeit

Eine gute EBR-Vereinbarung garantiert nicht automatisch eine gute EBR-Arbeit. Ausgehend von dieser Erkenntnis werden in der ersten Broschüre die praktischen Aspekte der Arbeit Europäischer Betriebsräte untersucht. Die Studie analysiert hierzu eine Reihe von Unternehmen hinsichtlich der allgemeinen EBR-Praxis, der Rolle des EBR bei Restrukturierungen, bei der EU-Erweiterung und beim Abschluß internationaler Rahmenabkommen und Verhaltenskodizes.



- [Download der deutschen Fassung](#) (50 Seiten)



Analyse von EBR-Vereinbarungen

Die zweite Broschüre wertet die Texte von über 700 EBR-Vereinbarungen hinsichtlich verschiedener Merkmale statistisch aus: geltendes nationales Recht der EBR-Vereinbarung, Sitzungshäufigkeit, Zusammensetzung von EBR und Lenkungsausschuß, Themenkatalog für die Unterrichts- und Anhörungsrechte, Kommunikationssystem des EBR, Unterstützung durch Sachverständige, Schulungsansprüche und Vertraulichkeitsklauseln werden in eigenen Kapiteln behandelt.

- [Download der deutschen Fassung](#) (36 Seiten)

Weitere Sprachversionen sind über die [Webseite der SDA](#) abrufbar.

Handbuch zum internationalen Outsourcing

Zum Abschluß des Gewerkschaftsprojektes MOOS ("Making Offshore Outsourcing Sustainable") ist jetzt ein Handbuch für Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaftssekretäre erschienen. Es basiert auf der Arbeit von Projektpartnern aus sechs Ländern (darunter ver.di aus Deutschland), die den Transfer von IT-Arbeitsplätzen in die Schwellenländer untersucht und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten hierzu ausgearbeitet haben (siehe auch [Bericht in den EBR-News 1/2006](#)). Das Handbuch ist eine gute Hilfe bei der Aushandlung von Betriebsvereinbarungen zum Outsourcing, es liegt in englischer, französischer, deutscher, schwedischer, dänischer und



niederländischer Sprache vor.

- [Download der deutschen Fassung](#)
- [Überblick über weitere Sprachversionen](#)

Arbeitsbeziehungen in Europa 2006



Anfang Dezember 2006 ist die aktuelle Ausgabe einer Broschüre der Europäischen Kommission über den Stand und die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen erschienen. Sie liefert umfangreiche Daten über Gewerkschaften, betriebliche Interessenvertretung, Entwicklungen im Arbeitsrecht usw. für die einzelnen Mitgliedsländer der EU und für die europäische Ebene. Derzeit gibt es nur eine englischsprachige Fassung, aber weitere Sprachversionen sollen bald folgen.

- [Download der Broschüre](#) (in englischer Sprache)

12. Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de": Beispiele aus unserer Arbeit

Stryker-EBR startet in neue Amtszeit



Der US-amerikanische Medizintechnik-Hersteller Stryker verfügt seit 2002 über einen Europäischen Betriebsrat nach deutschem Recht. Am 26. und 27. Oktober 2006 fand in Haarlemmermeer bei Amsterdam die konstituierende Sitzung der neuen vierjährigen Amtszeit statt. Auf **Vorschlag der IG Metall** wurde Dr. Werner Altmeyer vom Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de", der bereits seit der Gründungsphase des EBR (ab dem Jahr 2000) immer wieder für die Arbeitnehmervertreter von Stryker tätig war, zum Sachverständigen bestellt. In der Vergangenheit hatte es Probleme mit der zentralen Leitung gegeben, die ihre Pflichten aus der EBR-Vereinbarung etwas lax handhabte. Um seine Rechte zukünftig besser zu wahren, beauftragte der Europäische Betriebsrat die Mitglieder des Lenkungsausschusses, notfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

- [Die EBR-Vereinbarung von Stryker im Wortlaut](#)



Französische Post gründet Sparten-EBR

Am 12. und 13. Dezember 2006 trafen sich Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter von GeoPost, der Paket-Sparte der französischen La Poste, um die EBR-Gründung vorzubereiten. Die Konferenz fand am Sitz des Deutschen Paketdienstes (DPD) in Aschaffenburg, der wichtigsten ausländischen Tochtergesellschaft von GeoPost, statt und wurde vom Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" mitgestaltet. Die Mitglieder des Besonderen Verhandlungsgremiums werden voraussichtlich im Frühjahr 2007 in Paris zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammenkommen.

- [Präsentation über verschiedene EBR-Modelle](#)

Die französische Post beschreitet mit dem Europäischen Spartenbetriebsrat einen Weg, wie er z. B. auch bei der Airbus-Mutter EADS (siehe [Bericht in den EBR-News 1/2006](#)) oder im skandinavischen Papierkonzern SCA (siehe [Bericht in den EBR-News 4/2005](#)) praktiziert wird. Während bei GeoPost Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter übereinstimmend der Meinung waren, die EBR-Arbeit solle sich an den spezifischen Bedürfnissen der 17.000 Paketdienst-Beschäftigten orientieren, konnten sich vergleichbare deutsche Unternehmen nicht zu einer solchen Lösung durchringen. So haben weder die Deutsche Post für ihre Expres- und Logistiksparte DHL noch die Deutsche Bahn für die Spedition Schenker einen eigenständigen EBR gebildet.

GeoPost hatte bereits im Mai 2005 als erstes europäisches Unternehmen der Kurier-, Paket- und Expresdienstbranche mit den Gewerkschaften ein internationales Rahmenabkommen über soziale Mindeststandards abgeschlossen (siehe [Bericht in den EBR-News 2/2005](#)).



ver.di/GPA-Newsletter: zweite Ausgabe

Am 20. November 2006 ist die zweite Ausgabe des von ver.di in Deutschland und der GPA in Österreich gemeinsam herausgegebenen EBR-Newsletters erschienen. Die Inhalte werden vom Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" mitgestaltet. Themen der Ausgabe 2/2006 waren die SE-Mitbestimmungsverhandlungen bei Allianz und Fresenius, die Internationalisierung des Aufsichtsrates von T-Mobile, Berichte aus der EBR-Arbeit, eine Bilanz der Mitbestimmungsmesse "dieMit" sowie Hinweise auf Tagungen, neue Veröffentlichungen und interessante Webseiten.

- [Der EBR-Newsletter 2/2006 von ver.di + GPA](#)
- [Anmeldung zum EBR-Newsletter von ver.di + GPA](#)

13. Aktuelle Seminartermine

Für die folgenden von uns mitgestalteten Seminare und Workshops sind Anmeldungen möglich:

Betriebsratstätigkeit in Europa – Der Euro-Betriebsrat (EBR)

Rechtliche Grundlagen – Errichtung – Interkulturelle Kommunikation

04. - 09.03.2007 in Timmendorfer Strand

04. - 09.11.2007 in Hamburg

→ [weitere Infos zu diesen Seminaren](#)

Europa für Gewerkschaftssekretäre der IG Metall

Institutionen – Politikfelder – Europäische Betriebsräte

28. - 30.03.2007 in Bad Orb

08. - 10.10.2007 in Bad Orb

→ [weitere Infos zu diesen Workshops](#)

Inhouse-Veranstaltungen

Eine Übersicht über die Themen für Inhouse-Veranstaltungen finden Sie hier:

→ [Themen für Inhouse-Seminare](#)

→ [Themen für Fachvorträge](#)

14. Impressum

Die EBR-News werden herausgegeben von:

Trainings- und Beratungsnetz "euro-betriebsrat.de" GbR
Von-der-Tann-Straße 4, D-20259 Hamburg
www.euro-betriebsrat.de (Deutsch)
www.euro-workscouncil.net (Englisch)
www.euro-ce.org (Französisch)

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:

Werner Altmeyer, Kathleen Kollewe, Reingard Zimmer

Gastautoren:

Johannes Heuschmidt (SE-Europe Netzwerk, Brüssel)

Sonia Mesters (Groupe ALPHA, Paris)

Andreas Veres (PCG PROJECT CONSULT, Essen)

Verteiler der deutschsprachigen Ausgabe: 7.298 Empfänger

Newsletter-Archiv: www.ebr-news.de

Hier können Sie die EBR-News [beziehen](#) oder [abmelden](#).

Wir freuen uns über Anregungen zu diesem Newsletter und über Berichte aus Ihrem EBR.

Bitte schreiben Sie uns: info@euro-betriebsrat.de